

Daten für Grundsteuer-Berechnung fehlen

Landesregierung empfiehlt Senkung – Diemelsee legt sich im Herbst fest

Diemelsee – Noch sind keine Angaben möglich, wie teuer die Grundsteuerreform für die Diemelseer und für die Gemeindekasse wird. Das Land habe bislang noch keine Datengrundlage für Berechnungen geliefert, berichtete Bürgermeister Volker Becker am Freitag auf eine Anfrage der SPD-Fraktion.

Wie die WLZ am 22. Juni berichtete, hat das Land auch der Gemeinde Diemelsee empfohlen, die Hebesätze für die Grundsteuer zu senken. SPD-Fraktionschef Martin Tepel wollte wissen, welche Auswirkung dies für den Haushalt der Gemeinde und für die steuerpflichtigen Bürger hätten. Außerdem fragte er, ob es „neue Erkenntnisse“ vom Regierungspräsidium, aus dem Kreishaus oder vom hessischen Städte- und Gemeindebund gebe.

Das hessische Finanzministerium hat eine Liste mit Empfehlungen herausgegeben, wie hoch die Steuerhebesätze für Grundstücke in den einzelnen Kommunen sein sollten. Hintergrund ist die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform. Der Gesetzgeber folgt dabei einer Vorgabe der Richter, dass die Steuer für die Kommunen „aufkommensneutral“ ausfällt, das heißt: Jede soll unterm Strich in etwa so viel einnehmen wie vor der Reform.

Das Land rät, dass in Waldeck-Frankenberg alle 21 Kommunen ihre Sätze senken. Für Diemelsee lautet der Vorschlag, den Hebesatz für die Grundsteuer A auf forst- und landwirtschaftliche Flächen von derzeit 500 Prozent auf 314,71 Prozent zu redu-



Was müssen Eigentümer künftig an Grundsteuern zahlen? Für Diemelsee sind noch keine Aussagen möglich – der Gemeinde fehlen die Berechnungsgrundlagen.

FOTO: SCHILLING

zieren. Die ertragreichere Grundsteuer B auch für bebaute Grundstücke soll von 460 auf 220,41 Prozent sinken – sie war erst dieses Jahr wieder verringert worden.

Erwartungen sind nicht erfüllbar

Das Vorgehen des Landes sei „unglücklich“, sagte Becker. Es lege zum Teil alte Datensätze zugrunde und schüre bei den Steuerzahlern eine Erwartungshaltung, die nicht erfüllbar sei. Auch er stellte noch einmal klar, dass die individuelle Steuerlast immer anders und nicht für alle „aufkommensneutral“ sei.

Die Gemeinde berechne die Hebesätze nach ihrer jeweiligen Finanzlage, sie festzulegen, sei Teil der kommunalen Selbstverwaltung, betonte Becker. „Die Empfeh-

lung des Landes nutzt deshalb nichts für den Etat der Gemeinde“, sagte Becker.

Er bemängelte, dass immer mehr Aufgaben von oben auf die Kommunen übertragen würden, von der Kinderbetreuung bis zum Brandschutz. Die Personal- und Sozialleistungen stiegen stärker als die Einnahmen. Diemelsee habe allein dieses Jahr ein Defizit bei den Kindergärten von 900 000 Euro zu tragen, nächstes Jahr seien es wohl bis zu 1,7 Millionen Euro.

Die Gemeinde könne ihre Hebesätze erst im Herbst im Zuge der Haushaltsberatungen festlegen – „nach kritischer Prüfung“ der Lage. Dabei seien noch ausstehende Orientierungsdaten des Landes entscheidend, gerade die Höhe der Schlüsselzuweisungen. Wichtig sei auch die Höhe der Kreisumlage. Der Landeswohlfahrtsverband habe

seine Umlage schon erhöht, sagte Horst Wilke – das muss der Kreisetat finanzieren.

Der Gemeinde lägen jedenfalls noch keine Daten vor, damit sei auch noch keine Berechnung der Grundsteuer möglich, erklärte Becker.

Die Liste mit den Hebesätzen herauszugeben ohne die Faktenlage zu berücksichtigen sei „mehr als unglücklich“, urteilte CDU-Fraktionschef Jörg Weidemann. Die Gemeinde müsse investieren und ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Daher seien die Empfehlungen des Landes „fragwürdig“. Wichtig für ihn sei, dass die Diemelseer Gemeindevertreter weiter konstruktiv zusammenarbeiteten.

„Wir haben also keine neuen Erkenntnisse“, bilanzierte Martin Tepel: „Den Schwarzen Peter haben wir.“ Die kommunale Arbeit werde das nicht erleichtern.